

Pressemitteilungen 2000

13.11.00 Bundesgesetz für Ausländerinnen und Ausländer; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Im folgenden erhalten Sie unsere Stellungnahme für dieses neue Ausländergesetz mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Die Schweizer Demokraten verzichten ausdrücklich auf eine Vernehmlassung, dies aus folgenden Gründen:

- Die sogenannten Ausländergesetze der letzten Jahrzehnte bzw. deren Änderungen waren samt und sonders für die Katz bzw. dienten nicht dem Schutz der Schweizerinnen und Schweizer vor Einwanderung aus aller Herren Länder sondern lediglich der Kaschierung einer hemmungslosen, im wahrsten Sinne des Wortes grenzenlosen Einwanderung.

- Die SD sind überzeugt, dass es zwei mögliche Gründe gibt, weshalb trotz der verschiedenen Anpassungen des ANAG, die offiziell zur Eindämmung der Einwanderung dienen sollten, die Einwanderung hemmungslos weiter geht (von gewissen Schwankungen abgesehen, die aber überwiegend mit Konjunkturschwankungen zusammenhängen):

- Der eine Grund ist, dass das ANAG und dessen ständige Anpassungen lediglich dazu dienen sollen, um dem Schweizer Volk Sand in die Augen zu streuen, dass "ja etwas gehe" in Sachen Einwanderungs-Beschränkung.

- Der zweite Grund ist, dass unser Bundesrat, unsere sogenannten "Landesväter", schlichtweg nicht fähig ist, sich gegen die Einwanderungsgelüste von Arbeitgebern und Linken sowie Pseudohumanisten zu wehren.

Hier gibt es wieder einmal eine höchst unheilige Allianz: Die Arbeitgeber - zumindest ein grosser Teil von ihnen - wollen hemmungslos billige Arbeitskräfte aus aller Herren Länder importieren (Herkunft ist egal, Hauptsache sie sind billig, wobei hier billig nicht gleich günstig sein muss). Die Linke Internationale, unterstützt durch die Pseudohumanisten, die von den marxistischen Alternativen und "Grünen" über SP bis zu den Gewerkschaften reicht, wünscht ein Multi-Kulti-Gesellschafts-Chaos herbei zu führen in der Hoffnung, später auf diesem Chaos ihr rotes Süsschen kochen zu können.

- Aus diesen Gründen sind die Schweizer Demokraten nicht mehr länger bereit, diese Pseudopolitik des Bundesrats zur sogenannten "Kontrolle der Einwanderung" länger mitzumachen, indem sie diese Politik mit der Teilnahme an Vernehmlassungen auch noch stützen.

- Zum Schluss möchten wir anregen, das Bundesgesetz "für Ausländerinnen und Ausländer" konsequenterweise umzubenennen in Bundesgesetz "gegen Schweizerinnen und Schweizer", denn das ist es in Tat und Wahrheit.

- Nach dem Ja zu den Bilateralen Verträgen und dem Nein zur 18%- Initiative werden unsere "Landesväter" die Schleusen der Einwanderung aus aller Welt, nicht nur aus der EU, ohnehin noch weiter öffnen, als sie es bis jetzt schon sind. Da erübrigt sich jede heuchlerische Vernehmlassung.

5.10.00 Schweizer Soldaten haben im Ausland nichts zu suchen!

Bereits am 26. August 2000 hat der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) einstimmig beschlossen, das Referendum zur Teilrevision des Militärgesetzes aktiv zu unterstützen.

Die SD wollen weder bewaffnete Auslandseinsätze der Schweizer Armee ermöglichen noch unser Land als Ausbildungs- und Trainingsgebiet für fremde Truppen öffnen.

Die Bundesverfassung und die Gesetzgebung verpflichten den Bundesrat und das Parlament ausdrücklich zur Wahrung der schweizerischen Neutralität. Mit der Revision des Militärgesetzes wird jedoch die immerwährende Neutralität, die sich als hervorragendes Friedens- und Sicherheitsinstrument bewährt hat, zunehmend ausgehöhlt.

Die SD kämpfen entschieden gegen die Abschaffung unserer Neutralität – sei es durch die «Swiss Coy» (Schweizer Kompanie im Kosovo) oder durch andere gefährliche Spielereien mit der Neutralität. Wenn wir mit bewaffneten oder unbewaffneten Soldaten «zum Konflikt gehen», dann kommt der Konflikt zu uns. Die Unterwanderung der strikten Neutralität bedeutet: weniger Sicherheit für die Schweiz und möglicherweise ein höheres Kriegsrisiko.

Mit der Annahme der Revision des Militärgesetzes würde zudem auch die unverbrüchliche Garantie, dass unsere Armee ausschliesslich defensiv, ausschliesslich zur Verteidigung des eigenen Staatsgebietes eingesetzt wird, dahinfliegen. Die Schweizer Armee würde somit von einem Verteidigungsinstrument des Landes zu einem Machtinstrument der Regierung, einsetzbar überall auf der Welt.

17.8.00 SD wollen der deutschen Sprachreform das wohlverdiente Ende bereiten

Die Schweizer Demokraten (SD) sprechen sich für eine rasche Rückkehr zur alten Rechtschreibung aus. Zeitungen, Verlage, Betriebe und staatliche Stellen sollten zur Rettung der Einheit der Schreibweise der Rechtschreibreform das wohlverdiente Ende bereiten. Deshalb wird SD-Zentralsekretär und Nationalrat Bernhard Hess, Bern, in der kommenden Herbstsession eine Motion einreichen, welche fordert, dass die alte Rechtschreibung wieder eingeführt wird.

«Die Reform war von Anfang an eine Missgeburt» schreibt Bernhard Hess in seinem parlamentarischen Vorstoss. Angesichts der schlechten Qualität des neuen Regelwerks sei eine Vielfalt verschiedener Hausorthographien abzusehen gewesen. Zudem seien die Behörden den Beweis für den Erfolg der Reform schuldig geblieben. Deshalb sei das bei einer Rücknahme der Reform entstehende kurzfristige Durcheinander einem längerfristigen vorzuziehen. Eine Reform der Reform brauche keine Vorbereitung. Wie bereits die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung schlägt Bernhard Hess die Rückkehr zur alten Schreibweise noch in diesem Jahr vor. (Die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» hatte zum 1. August die alte Rechtschreibung wieder eingeführt.)

Bereits bei der Einführung der Sprachreform hat sich der ehemalige SD-Nationalrat Rudolf Keller, Frenkendorf, mit parlamentarischen Interventionen erfolglos gegen die unsinnige und überflüssige Rechtschreibreform gewehrt.

12.8.00 Protest der SD gegen Kosovo-Politik des Bundes

In der Aargauer Zeitung vom 12.8.2000 war ein Interview mit Urs Hadorn, dem Kosovo-Beauftragten des Bundes, unter dem erfreulichen Titel "Die Operation Kosovo läuft ausgezeichnet" zu lesen. Was dabei "ausgezeichnet" sein soll, ist den Schweizer Demokraten schleierhaft. Nach Aussagen Hadorns sind von den ursprünglich offiziell über 60'000 "vorläufig" aufgenommenen Kosovo-Albanern (effektiv dürften es wesentlich mehr gewesen sein) immer noch gut 30'000 in der Schweiz. So gut so schlecht. Aber dass laut Hadorns Aussage von den ursprünglich über 60'000 vorläufig Aufgenommenen rund

20'000 für immer hier bleiben dürfen, können die Schweizer Demokraten nicht akzeptieren. Die SD protestieren energisch dagegen, dass das Schweizer Volk wieder einmal von unserem Bundesrat brandschwarz angelogen worden ist.

Es ist ein Hohn, dass Hadorn sich unter diesen Umständen brüstet, wie aufnahmebereit die Schweizer Bevölkerung 1999 gewesen sei und wie gut sich das im Asylgesetz enthaltene Prinzip der vorläufigen Aufnahme von Kriegsopfern bewähre. Wenn das Schweizervolk 1999 gewusst hätte, dass ein Drittel der vorläufig Aufzunehmenden für immer hier bleiben würde, wäre die Aufnahmebereitschaft mit Sicherheit nicht gross gewesen. Und von einer "Bewährung der vorläufigen Aufnahme" zu sprechen, wenn ein volles Drittel der "vorläufig" Aufgenommenen offiziell in der Schweiz bleiben darf, erachten die Schweizer Demokraten als Frechheit. Nachdem das Schweizervolk bereits bei der "vorläufigen" Aufnahme der Bosnien-Flüchtlinge und jetzt wieder bei den Kosovo-Albanern brandschwarz angelogen wurde, wird ein nächstes Mal die Aufnahmebereitschaft wohl nicht mehr allzu gross sein.

21. Mai 2000 - Stellungnahme der Schweizer Demokraten zur Volksabstimmung über die Bilateralen Verträge mit der EU

Jetzt lastet eine riesige Verantwortung auf den Siegern! Grosser Achtungserfolg der Gegner!

Als Initianten des Referendums gegen die Bilateralen Verträge mit der EU nehmen die Schweizer Demokraten mit Freude von der hohen Stimmbeteiligung Kenntnis. Offensichtlich handelt es sich um eine wichtige Vorlage. Es ist den Vertragsgegnern gelungen, gegen die vereinigte Phalanx fast aller Parteien, Verbände, Gewerkschaften, Medien und der Wirtschaft sehr viele ablehnende Stimmen zu gewinnen. **Freude macht die Ablehnung im Kanton Schwyz und die deutliche Ablehnung der Verträge im Kanton Tessin, was als Grosserfolg der Lega dei Ticinesi bewertet werden darf. Wenn man an die Uebermacht der befürwortenden Seite denkt, ist das Gesamtergebnis eigentlich eine Niederlage derselben.** Die Unzufriedenheit mit den Regierenden, aber auch die berechtigte Zukunftsangst vieler Leute in unserem Land ist gross. Bedenken haben wir vor allem vor den Folgen des freien Personenverkehrs, der Lastwagenflut und der riesigen Konkurrenz des einheimischen Gewerbes, verbunden mit dem Sinken unseres Lohnniveaus. Die Regierungsparteien SVP, FDP, CVP und SP müssen in den nächsten Jahren beweisen, dass unser Land nicht überfremdet wird durch die Abschaffung der Einwanderungs-Bestimmungen mit der EU.

Sollte die Einwanderung aus der EU – erwartungsgemäss – zunehmen, werden die Schweizer Demokraten in einigen Jahren nicht zögern, dagegen erneut das Referendum zu ergreifen.

Der Bundesrat hat im Abstimmungskampf zu den Bilateralen Verträgen mit der EU gesagt, dass mit dieser Abstimmung die EU-Beitrittsfrage für viele Jahre vom Tisch sei. Die SD hoffen, dass dies nicht gelungen ist, nachdem die Bundesräte Deiss und Dreifuss noch ein halbes Jahr vor der Abstimmung davon gesprochen haben, dass nach den Bilateralen Verträgen der Beitritt zur EU angestrebt werde! Wir fordern den Bundesrat angesichts der grossen Nein-Stimmenzahl auf, sein EU-Beitrittsgesuch unverzüglich zurückzuziehen.

Die Schweizer Demokraten werden die europapolitische Entwicklung im Inland kritisch begleiten. Sie hoffen weiter, dass die EU das vertrags- und völkerrechtswidrige Sanktionsgebaren gegen Oesterreich endlich aufgibt und dass in der bevorstehenden dänischen Volksabstimmung ein Nein zum Beitritt zur Europäischen Währungsunion resultiert. Der Euro ist als Währung so schwach, dass wir in der Schweiz froh sein können, nicht in diesem Lotterbett drinzuliegen.

19.5.00 Keine Vernehmlassung zur Solidaritätsstiftung Protest der Schweizer Demokraten

Die Schweizer Demokraten protestieren in aller Schärfe gegen die Absicht des Bundesrates, betreffend die geplante Solidaritätsstiftung keine Vernehmlassung durchführen zu lassen. Bekanntlich plant unsere Landesregierung den Verkauf von 1'300 Tonnen Gold, die dem Schweizer Volk gehören, wovon 500 Tonnen für die im Volk höchst umstrittene sogenannte Solidaritätsstiftung bestimmt sind, die gewisse ausländische Kräfte von unserem Land erpressen wollen. Während für die anderen, mehr oder weniger unbestrittenen 800 Tonnen eine Vernehmlassung durchgeführt wird, ist eine solche betr. die erpressten 500 Tonnen für die Solidaritätsstiftung nicht vorgesehen. Es ist typisch für unsere Landesregierung, das Schweizervolk auszuschliessen, wenn es um Vorlagen geht, die beim Volk auf Ablehnung stossen und bei einer Volksabstimmung höchstwahrscheinlich abgelehnt würden. Dieses im höchsten Masse undemokratische Vorgehen zeugt von extremem Demokratiemangel unseres Bundesrates. Offenbar richtet sich unser Bundesrat auch in diesem Punkt nach seinem grossen Vorbild, nämlich der undemokratischen, diktaturähnlichen EU.

Die Schweizer Demokraten protestieren in aller Schärfe gegen diese neueste üble Machenschaft unserer Bundesräte, die sich gerne selber als Landesväter bezeichnen.

29.4.00 Delegiertenversammlung 2000 - Schweizer Demokraten klar gegen die Bilateralen Verträge

An ihrer Delegiertenversammlung vom 29. April 2000 in Will/SG haben die Schweizer Demokraten alt Nationalrat Rudolf Keller, Frenkendorf, einstimmig als Zentralpräsident bestätigt. Ebenfalls wiedergewählt wurden Lonny Flückiger, Cernier, als erste und Nationalrat Bernhard Hess, Bern, als zweiter Vizepräsident.

Einstimmig wurde das SD-Referendum gegen eine allfällige Liberalisierung der Einbürgerungsvorschriften beschlossen.

Und schliesslich wurde – wie nicht anders zu erwarten war – einstimmig die Nein-Parole für die Abstimmung vom 21. Mai 2000 betreffend die Bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU beschlossen. Der Pro-Referent, Nationalrat Hans Werner Widrig, CVP, Bad Ragaz, stand mit seinen Argumenten für ein Ja auf verlorenem Posten. Da hatte es sein Diskussionsgegner, Nationalrat Luzi Stamm, FDP, Baden, einfacher, seine Argumente gegen die Bilateralen Verträge an die Delegierten weiter zu geben. Auch aus der Versammlung war kein gutes Wort für diese für die Schweiz katastrophalen Verträge zu hören. Die meisten Sprecher befürchteten vor allem, dass der Freie Personenverkehr das Ende der Schweiz bedeuten würde. Der schon heute praktisch unbegrenzten Einwanderung würden mit den bilateralen Verträgen die Schleusen aus den EU-Staaten vollends geöffnet. Insbesondere befürchtet wurden katastrophale Folgen für die einheimischen Arbeitnehmer, die gegen die Billig-Arbeitnehmer aus der EU keine Chancen hätten. Besonders perfid fanden etliche Redner die Hoffnungen, die der Bundesrat und die EU-Befürworter unserer Jugend machen mit der Aussicht, „überall in Europa arbeiten und studieren zu können“. Bei der zum Teil extrem hohen Jugendarbeitslosigkeit in der EU (bis gegen 50% in Italien und Spanien) hätte unsere Jugend absolut keine Chance, in der EU eine Stelle zu finden. Und da in den meisten EU-Ländern an den Hochschulen ein Numerus Clausus herrscht, wäre für Schweizerinnen und Schweizer ein Studienplatz in der EU unerreichbar. Umgekehrt hingegen würde eine Flut von Leuten, die eine Arbeitsstelle oder einen Studienplatz suchen, die Schweiz überschwemmen.

Sehr gravierend ist auch das Transitabkommen, welches der Schweiz eine riesige Lastwagenflut, vor allem 40-Töner, bescheren würde.

Die Versprechen des Bundesrats, notfalls mit ausserordentlichen Massnahmen die Lastwagen- und Menschenflut aus der EU zu bremsen, wurden als unglaubwürdig taxiert. Solche Massnahmen der Schweiz bedürfen der Zustimmung der EU, welche diese mit Sicherheit ablehnen würde.

29.1.00 SD-Protest gegen erneute Umgehung des Asylverfahrens

Die Schweizer Demokraten protestieren in aller Schärfe gegen Pläne der Berner Regierung, die anscheinend von Bundesrätin Metzler begrüsst werden. Danach sollen Asylbewerber, die schon länger als fünf Jahre auf den Abschluss ihrer Asylgesuche warten, eine dauernde Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz erhalten. Dieses üble Spiel hat alt Bundesrat Koller bereits mehrmals gemacht. Auch damals bewilligte BR Koller "die einmalige Aufnahme von Asylbewerbern, die schon mehr als fünf Jahre in der Schweiz wohnen". Diese "Einmaligkeit" wurde dann aber noch zweimal wiederholt! Die Begründung damals wie heute lautete, "nach fünf Jahren in der Schweiz sei eine Rückschaffung nicht zumutbar, da die Leute schon so gut integriert seien"!! Eine solche Behauptung ist total lächerlich.

Die SD erachten solche Massnahmen für äusserst gefährlich. Erstens werden damit diejenigen Asylanten, die die Bearbeitung ihrer Gesuche durch Verschweigen ihrer Identität erschweren oder durch immer neue Rekurse und Beschwerden (auf Kosten der Steuerzahler) mutwillig verlängern, belohnt. Und zweitens - noch schlimmer - solche "humanitären" Massnahmen sind ja geradezu eine Aufmunterung an alle anderen Asylanten, ihre Verfahren möglichst lange hinaus zu zögern, da sie ja dann ebenfalls mit einer Aufenthaltsbewilligung rechnen können.

Die SD verlangen energisch, dass Bundesrätin Metzler die Erteilung solcher Sonderbewilligungen nicht erlaubt, wenn sie nicht ihre Glaubwürdigkeit verlieren und den Goodwill, den sie vorläufig in der Bevölkerung genießt, aufs Spiel setzen will.

6.1.00 SD gegen die Revision des Betäubungsmittelgesetzes

Die Schweizer Demokraten lehnen den vorliegenden Entwurf zur Revision des BetmG ab. Wir könnten uns mit einigen Nebenpunkten des Revisionsentwurfs allenfalls einverstanden erklären wie z. B. Verbesserung der Prävention im Bereich Alkohol- und Tabakabhängigkeit, aber in den Grundzügen und -ideen lehnen wir die vorgeschlagene Revision strikte ab.

Insbesondere sind wir gegen eine generelle Strafbefreiung des Konsums von Betäubungsmitteln, auch von Cannabisprodukten. Das Tetrahydrocannabinol, die rauscherzeugende Substanz dieser Produkte, ist keineswegs die harmlose Substanz, als die sie angebliche "Fachleute" hinstellen. Diese "Fachleute", welche die Entkriminalisierung von Haschisch und Marijuana befürworten, sind zudem meist weder Pharmakologen noch Psychiater. Z. B. haben auch Haschisch und Marijuana eine erhebliche Langzeitwirkung und sind des öfters an Verkehrs- und Arbeitsunfällen beteiligt, wobei die Öffentlichkeit davon kaum je etwas davon erfährt. Weil solche Drogen - im Unterschied zum wasserlöslichen Alkohol - fettlöslich sind, werden sie auch viel langsamer wieder aus dem Körper ausgeschieden, da sie am Körperfett regelrecht haften.

Betreffend der Methadonprogramme und der Abgabe von Heroin sind die SD überzeugt, dass diese Massnahmen kontraproduktiv sind, denn sie untergraben die Motivation der Süchtigen für einen Entzug, der allein eine wirkliche Heilung von Drogen bringt.

Von den Varianten, welche der Bericht in Sachen Bestrafung vorschlägt, würden wir, falls überhaupt eine Aenderung des BetmG erfolgen sollte, Variante 2 vorziehen.